



## Studienheft 7: Irrwege in die Wissensgesellschaft. Forschungspolitik zwischen Standortsicherung und gesellschaftlicher Verantwortung

Dezember 2010 • ISBN 978-3-939864-13-4 • 8,00 (9,00) EUR  
BdWi-Verlag • [www.bdwi.de](http://www.bdwi.de) • [verlag@bdwi.de](mailto:verlag@bdwi.de)

### Vorwort der Redaktion

Kaum ein Politikfeld wird derzeit vom weitaus größten Teil der Öffentlichkeit derartig unkritisch – wenn nicht gar desinteressiert – betrachtet wie die Forschungs- und Technologiepolitik (FuT). Am 14. Juli 2010 etwa beschloss das deutsche Bundeskabinett die *Hightech Strategie 2020* (HTS), deren Ziel es sei – so verkündet dies die Homepage des BMBF – »Leitmärkte zu schaffen, die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu vertiefen und die Rahmenbedingungen für Innovationen weiter zu verbessern«. Wer ist schon gegen »Innovation«, zumal wenn »wissenschaftlich« autorisiert? Die damit einhergehende Perspektive wirtschaftlichen Wachstums birgt immer noch das latente Versprechen eines größeren »Wohlstands für alle« in sich, obwohl die praktische Wirtschaftspolitik der letzten dreißig Jahre das Gegenteil bezeugt.

Noch vor anderthalb Jahrzehnten war die Kritik daran, dass exakt dieser heute wieder unwidersprochen gefeierte rendite- und technikdeterminierte Industrialisierungstyp teilweise irreversible globale ökologische Risiken produziert und zu verantworten hat, in aller Munde – bis weit in das politische System hinein. 1993 formulierte etwa die Arbeitsgruppe Umwelt der SPD-Bundestagfraktion programmatisch: »Heutige Wissenschaft und Forschung selbst sind zum großen Teil Ausdruck einer auf Naturbeherrschung und –ausbeutung beruhenden Gesellschaftsentwicklung«, und das »Weißbuch der EU« von 1993 formuliert »Gedanken zu einem neuen Entwicklungsmodell«, weil das bisherige »Arbeit und Natur...suboptimal kombiniert« und zu Arbeitslosigkeit und einem »Raubbau an Umweltressourcen« führt. Ausgelöst durch die *Club of Rome*-Berichte über die *Grenzen des Wachstums* von Anfang der 1970er-Jahre und verstärkt durch großtechnische Katastrophen mit mehreren tausend Toten wie im indischen Bhopal (1984) oder im sowjetischen Tschernobyl (1986) wurde in Wissenschaft und größeren Teilen der Öffentlichkeit eine heftige Debatte über eine *Richtungsänderung* der FuT-Politik im Sinne gesellschaftlicher Beherrschbarkeit sowie sozialer

und ökologischer ›Nachhaltigkeit‹ geführt. In dieser Debatte bündelten sich – und verstärkten sich gegenseitig – die Impulse sozialer Bewegungen wie der Ökologiebewegung (deren Kern die Anti-AKW-Proteste bildeten), der kritischen Wissenschaft, auch der feministischen Wissenschaftskritik, und einer demokratischen Hochschulreform, welche vermittelt durch partizipatorische Strukturen mehr Reflexivität und Risikoabwägung von wissenschaftlich-technischen Entwicklungen ermöglichen sollte – mehr jedenfalls als dies ein ›Wettbewerbsmodell‹ der Hochschule je kann!

Die in einer breiteren linken wissenschaftlichen Öffentlichkeit konsensfähigen analytisch-kritischen Befunde und alternativen Leitbilder der FuT-Politik sind – auch heute noch recht anschaulich – im »*Memorandum Forschungs- und Technologiepolitik 1994/95 – Gestaltung statt Standortverwaltung*« zusammengeführt. Dieses wurde auf Initiative des BdWi-Arbeitskreises FuT-Politik von vielen ExpertInnen aus unterschiedlichen Institutionen entwickelt – und binnen kurzem von mehreren hundert Personen aus Wissenschaft und Wissenschaftspolitik unterzeichnet.<sup>1</sup> Bereits im Titel wurde darauf Bezug genommen, dass sich zum damaligen Zeitpunkt das Motiv ›Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland‹ endgültig als regierungsamtliches Leitbild auch der FuT-Politik durchsetzte. ›Gestaltung‹ meinte folglich die Wiederherstellung des Primats der Politik im Sinne einer Berücksichtigung der Interessen breiter Bevölkerungsschichten. Dies nicht zuletzt aus der Erkenntnis heraus, dass Wirtschafts- und Wissenschaftsmärkte aus sich selbst heraus nicht in der Lage sind, adäquate soziale und ökologische Zielsetzungen hervorzubringen. Diese müssten vielmehr politisch im Sinne einer konsequenten Strategie der Risikovermeidung implementiert werden. Der Begriff des ökologischen und sozialen Risikos müsse zu einer *zentralen Kategorie* der FuT-Politik werden, lautet die Kernbotschaft des Memorandums. In dessen Strategie ging es nicht allein und isoliert um alternative Technologien oder ExpertInnenmeinungen in Konfrontation mit den dominierenden Verfahren, es ging im Kern um einen anderen Gesellschaftsentwurf, der die »Konsequenz daraus [zieht], dass das bisherige wachstumsorientierte und technikzentrierte Industrialisierungsmodell des Nordens nicht verallgemeinerbar und fortsetzbar ist. Sustainable Development zielt auf andere Formen von Produktion und Konsum, auf eine gesellschaftliche Entwicklung, die sowohl langfristig ökologisch verträglich ist als auch zu einer gerechteren Verteilung von Lebens- und Arbeitschancen führt.« Dies wurde nicht zufällig zu einem

---

<sup>1</sup> Online verfügbar unter: <http://www.fzs.de/themen/hochschulfinanzierung/forschungsfoerderung/180088.html>

Zeitpunkt formuliert, als sich bevölkerungsstarke Schwellenländer wie Indien, China oder Brasilien anschickten, eben jenes ›Modell des Nordens‹ zu kopieren.

Der politische Druck der damaligen wissenschaftskritischen und ökologischen Szene war durchaus so stark, dass die etablierte Politik versuchen musste, ihn zu kanalisieren – und den Begriff des ›ökologischen Risikos‹ etwa in die eigenen Legitimationsmuster zu integrieren. Dies erfolgte in Form einer entpolitisierenden – so das damalige kritische Schlagwort – ›Technisierung von Lösungsperspektiven‹: Auf durch Technik erzeugte Probleme wurde mit neuen Forschungsprogrammen reagiert, die neue ›Erfindungen‹ und technische ›Lösungen‹ in Aussicht stellten, mit denen man zukünftig die Probleme würde bewältigen können. Das Absurde daran: Auf die durch die vorherrschende wissenschaftlich-technische Zivilisation erzeugte ökologische Krise wurde mit Appellen an eine noch stärkere – fast krypto-religiöse – Wissenschafts- und Technikgläubigkeit reagiert. Deren Muster: ›Unsere Ingenieure retten die Welt!‹ Hier setzte dann etwa die feministische Wissenschaftskritik an, die in einer solchen Haltung zu Recht die männlich dominierte Ideologie universeller technokratischer ›Machbarkeit‹ unter Ausblendung aller sozialer Strukturen diagnostizierte. Kern dieser Strategie war nicht Risikovermeidung, sondern legitimatorisches *Risikomanagement*, welches uns bis heute die trügerische Perspektive einer ex-post-Sanierung von Umweltschäden durch jene schon sprichwörtlichen *end-of-the-pipe*-Technologien verheißt.

Nur: Funktioniert hat das bis heute nicht und die gesellschaftlichen Risiken und Kosten<sup>2</sup> einer solchen fehlgeleiteten Politik sind gewachsen. Das ist für uns der Grund für den Versuch, mit dem vorliegenden Studienheft einen Wiedereinstieg in die Debatte um alternative Leitbilder der FuT-Politik zu befördern. Wir knüpfen dabei ausdrücklich an die frühere Ökologiedebatte in Wissenschaft und Politik an und versuchen zugleich, neue Themen und Fragestellungen aufzunehmen. Es ist wohlgerneht ein *Einstieg* und ein *erster* Versuch, der noch längst nicht alle Probleme vollständig und repräsentativ behandelt, die hier diskutiert werden müssten. Bei einer entsprechenden Resonanz soll dies in weiteren Publikationen der Reihe erfolgen.

---

<sup>2</sup> Das lässt sich in Teilen sogar monetär beziffern: die ›Technisierung‹ sozialer und ökonomischer Widersprüche kommt auch im Zukunftsversprechen phantastischer großtechnischer Investitionsprogramme zum Ausdruck, die noch in den 90er Jahren als Ausweis moderner Staatlichkeit galten. Die deutsche Bundesregierung beteiligte sich etwa an einem europäischen Forschungsprojekt zur bemannten Weltraumfahrt – und versenkte darin zwischen 1987 und 1995 insgesamt 5 Mrd. DM an Steuergeldern, bis die Finanzierung wegen Ergebnislosigkeit eingestellt wurde. Der Schnelle Brüter in Kalkar am Niederrhein war als AKW-Prototyp geplant. Er wurde gebaut und ging (glücklicherweise) nie ans Netz. 1991 wurde das Projekt eingestellt – und hatte bis dahin 7 Mrd. DM für Forschung, Entwicklung und Bau verschlungen.

Dabei ging es uns auch darum, die Veränderungen der Bedingungen des Lernens und der wissenschaftlichen Arbeit als konstitutive *Voraussetzung* von Forschung zu analysieren und daraufhin zu befragen, inwieweit dadurch die gesellschaftliche Verantwortung der Wissenschaft ermöglicht – oder eben eingeschränkt wird. Auf diesem Feld ist in der Tat viel Neues zu verzeichnen, welches in den 90er Jahren bestenfalls geahnt werden konnte. Vor allen Dingen geht es um die Durchsetzung neuer Hochschulsteuerungsmodelle und Forschungslenkungsverfahren. Mit der ›Exzellenzinitiative‹ kommt eine neue Logik der elitenorientierten Forschungsförderung ins System, die von *Sahra Damus* kritisch hinterfragt wird. *Andreas Keller* und *Klemens Himpele* analysieren die drastische Veränderung wissenschaftlicher Karrieremuster auch im Hinblick auf individuelle akademische Strategien. Zur Neuprägung wissenschaftlicher Arbeitsstile gehört auch die wachsende Bedeutung von Evaluationen (*Dagmar Simon*) und eine wettbewerbliche wissenschaftliche Leistungsbewertung über formalisierte Rankingverfahren (*Armin Himmelrath*). *Rainer Kuhlen* fragt nach den Chancen neuer wissenschaftlicher Veröffentlichungs- und Aneignungsformen (›Open Access‹) für die Demokratisierung der Wissenschaft – auch oder gerade entgegen dem vorherrschenden Wettbewerbs- und Privatisierungsdruck. *Sven Lehman* und *Kirsten Pistel* versuchen schließlich, den Begriff des Forschenden Lernens aus früheren Anläufen einer emanzipatorischen Studienreform gegen die Dominanz des instrumentellen Lernens in der Folge des sog. Bologna Prozesses zu aktualisieren.

Weitere AutorInnen beleuchten die Veränderung der FuT-Entwicklung unter dem Einfluss der ›großen‹ Politik. *Oliver Prausmüller* und *Leonhard Dobrusch* analysieren die Transformationen der europäischen Forschungspolitik. *Petra Sitte* und *Tobias Schulze* kritisieren neue Akzente der Innovations- und Technologiepolitik infolge der High Tech Strategie der deutschen Bundesregierung. *Frieder Otto Wolf* fragt nach dem Alternativpotential des vor allem im grünen Milieu verfochtenen Ansatzes eines ›Green New Deal‹. *Dietrich Schulze* versucht die Debatte um das Verhältnis von Rüstungs- und ziviler Sicherheitsforschung neu zu begründen, die gerade angesichts der Entwicklungen an einigen Hochschulstandorten (Karlsruhe) an Aktualität gewinnt. Für *Johanna Maiwald* sind die neueren Entwicklungen ein Anlass, über das Thema Forschungsfreiheit im Spannungsfeld von Wettbewerbsdruck, staatlicher Lenkung und gesellschaftlicher Verantwortung nachzudenken.

Andere Beiträge beleuchten exemplarisch einige aktuelle Forschungs(förder)schwerpunkte. *Richard Müller* beschäftigt sich mit den technischen Verheißungen des Geo Engineerings, *Joscha Wullweber* mit denen der Nanotechnologie. *René Röspel* und *Falko Brede* analysieren die Risiken und das Wunschdenken der Stammzellenforschung. *Oliver Moldenhauer* kritisiert die etablierte Pharmaforschung nicht zuletzt in ihrer Verantwortung für Unterentwicklung und Armut. *Vanessa Lux* bilanziert die – auch offiziell eingeräumten – geplatzten Illusionen von Genetik und Biopolitik. In diese Reihe gehört auch das systematische Versagen – man könnte auch sagen: die Wissenschaftsverweigerung – der etablierten Wirtschaftswissenschaften angesichts der Weltfinanzkrise (*Heinz-J. Bontrup*).

Schließlich wollten wir mit der vorliegenden Veröffentlichung auch das Nachdenken über langfristige Perspektiven weit über die aktuelle Politik hinaus befördern. *Sabine Hofmeister* und *Adelheid Biesecker* aktualisieren die Ansätze einer feministischen und ökologischen Ökonomie, die die gesellschaftlichen Verhältnisse von Produktion und Reproduktion integriert. *Nico Paech* versucht die Grundlinien einer Postwachstumsökonomie zu bestimmen und sie auf neue Paradigmen technischer Entwicklung abzubilden. *Wolfgang Neef* beschäftigt sich mit dem Verhältnis zwischen naturwissenschaftlicher Vernunft und den ökonomischen Konstruktionen als scheinbar naturgesetzlichem »Sachzwang« und fragt nach Alternativen zu dem daran gebundenen Denken.

Ursprünglich war für diese Rubrik auch ein Beitrag von *Otto Ullrich* zur Kritik des Fortschrittsbegriffs geplant, dessen Zuspitzungen innerhalb der Redaktion heftig umstritten waren und die Zusammenarbeit kurzzeitig auf eine Zerreißprobe stellten. Gleichzeitig fanden wir es aber wichtig, diese Diskussion zu führen, weshalb wir für die Veröffentlichung ein anderes zur Diskussion besser geeignetes Format gewählt haben als in der seltener erscheinenden Reihe der Studienhefte. Der Beitrag erscheint in Kürze im *Forum Wissenschaft*, der viermal jährlich erscheinenden Zeitschrift des BdWi.

Wir wünschen viel Vergnügen an Lektüre und Diskussion!

# **Studienheft 7: Irrwege in die Wissensgesellschaft. Forschungspolitik zwischen Standortsicherung und gesellschaftlicher Verantwortung**

Redaktion: Vorwort

## **I. Strukturveränderungen in Forschung und Hochschule**

Sahra Damus: Alte Sieger auf neuen Treppchen - die zweite Phase der Exzellenzinitiative

Andreas Keller / Klemens Himpele: Wissenschaftskarrieren im Umbruch. Strukturdefizite und Alternativen

Dagmar Simon: Evaluationen in der Wissenschaft - zu viel, zu oft und wie weiter?

Armin Himmelrath: Die Masse macht's - Wissenschaftliche Karriere durch Quantität: Melken, stückeln, frei erfinden

Rainer Kuhlen: Open Access - im Interesse aller: Produzenten, Nutzer und der publizierenden Informationswirtschaft

Sven Lehmann/Kirsten Heike Pistel: Forschendes Lernen. Was der Bachelor nicht lernt, lernt der Master immer schwer

## **II. FuT-politische Weichenstellungen**

Oliver Prausmüller / Leonard Dobusch: Wissen für den Standort. Zur Forschungs- und Technologiepolitik der EU

Petra Sitte / Tobias Schulze: Von der Hightech-Strategie zur sozialen Innovation

Frieder Otto Wolf: Das grundlegende Dilemma des Green New Deal

Dietrich Schulze: Universitäten zivilisieren statt militarisieren

Johanna Maiwald: Wissenschaftsfreiheit im Spannungsfeld zwischen staatlicher Regulierung, ökonomischen Wettbewerbsdruck und gesellschaftlicher Praxis

## **III. Einzelne Forschungsfelder und forschgsstrategische Innovationen**

Richard Müller: Plan B oder Anfang vom Ende? Die Debatte um Geoengineering an Hand des Experiments LOHAFEX

Joscha Wullweber: Das politische Projekt Nanotechnologie

René Röspel/Falko Brede: Forschung mit Stammzellen. Vom Hype zur Realität (und wieder zurück?)

Vanessa Lux: Von der Vision einer wissensbasierten Bio-Ökonomie zur "Individualisierten Medizin"

Heinz-J. Bontrup: Zum Versagen der Mainstream-Ökonomie ...und wie aus der Finanz- und Wirtschaftskrise nichts gelernt wurde

## **IV. langfristige Grundsatzfragen**

Sabine Hofmeister und Adelheid Biesecker: Ökologische und weibliche (Re)Produktivität. Der "blinde Fleck" in Nachhaltigkeitswissenschaften und -politik

Oliver Moldenhauer: Medizinische Forschung als Gemeingut. Innovation und Zugang als Voraussetzung für Gesundheitsversorgung in ärmeren Ländern

Wolfgang Neef: Die zweite Kristallschale

Nico Paech: Produkte und Technik in einer Postwachstumsökonomie

## Universitäten zivilisieren statt militarisieren

*Eine bundesweite Bewegung ist dabei, der fortschreitenden Militarisierung der Hochschulen in Forschung, Lehre und Studium den Kampf anzusagen. Dietrich Schulze berichtet über Aktivitäten und Ansätze.*

Die Informationsstelle Militarisierung e.V. Tübingen listet sechzig zivile Hochschulen auf, an denen Kriegsforschung als sogenannte »wehrtechnische« und »wehrmedizinische« Forschung betrieben wird. Allein im Jahr 2008 gab die Bundesregierung dafür 1,1 Milliarden Euro aus, überwiegend durch das Bundesverteidigungsministerium finanzierte Aufträge und Drittmittel. Auch die Sozialwissenschaften forschen kräftig mit. Einige Beispiele:

- Zwischen der Universität Kassel einerseits und den Kasseler Rüstungsschmieden Krauss-Maffei Wegmann und Rheinmetall Defence andererseits gibt es eine traditionell engmaschige Forschungsk Kooperation. Letzterer wurde 2009 die europäische Projektführerschaft für das Rüstungsprojekt zu unbemannten »kognitiven« Kampfmaschinen (UGVs, »Killer-Roboter«) übertragen. Erklärtes Ziel ist es, die Verluste unter den eigenen Soldaten zu minimieren und so Widerstände gegen den Krieg zu schwächen.
- Die Universität Freiburg wirbt für die Waffenfirma LITEF und lässt sich von ihr sponsern. Die zu Northrop Grumman gehörende Firma rüstet das Aufklärungsflugzeug Tornado ECR mit Drehkreiseln und Infrarotkameras aus. Die Tornados wurden 2008 in Heiligendamm eingesetzt.
- An der Universität Stuttgart wird zivil-militärische Forschung, u.a. für den Eurocopter, zum Hyperschallflug und über Navigationssysteme in Gebäuden betrieben. Die Verflechtung der Universität mit Rüstungsunternehmen wird mit dem sogenannten »Steinbeis-Tag« öffentlich zelebriert.
- Unter Federführung der TU München wurde das zivil-militärische Exzellenzcluster CoTeSys (Cognition for Technical Systems) gebildet. Dazu hat das Rüstungsunternehmen EADS Stiftungsprofessuren eingerichtet. Mit CoTeSys werden die Forschungskompetenzen in Ingenieurwesen, Naturwissenschaften, Psychologie, Neurowissenschaften und Informatik gebündelt. Dies geschieht in Kooperation mit der Universität München, der Universität der Bundeswehr, dem Institut für Robotik und Mechatronik des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt und dem Max-Planck-Institut für Neurobiologie.

- An der FU Berlin gibt es den Sonderforschungsbereich 700, in dem Bedingungen für »Herrschaft, Sicherheit und Wohlfahrt in Räumen begrenzter Staatlichkeit« erforscht werden, zum Beispiel für Afghanistan.<sup>1</sup> An der Universität Potsdam wurde 2007 ein kompletter Masterstudiengang *Military Studies* eingerichtet. Der Kommentar der taz am 11.10.2007: »Diplom-Feldherr in vier Semestern«.
- An der Ossietsky-Universität Oldenburg gibt es am Sozialwissenschaftlichen Institut eine *Arbeitsstelle Interventionskultur*, in der »die sozialen Auswirkungen von militärisch gestützten humanitären Interventionen« untersucht werden. Im Widerspruch zur existierenden Zivilklausel wird daran geforscht, wie Krieg und Besatzung effektiver gestaltet werden können.
- In der Universität Bremen wird gegen den Protest des AstA seit Jahren mit Forschung für zivilmilitärische Zwecke gegen die existierende Zivilklausel (Senatsbeschlüsse 1986 und 1992) verstoßen. Statt die Forderung nach Einhaltung der Zivilklausel zu bekräftigen, beteiligt sich neuerdings der Vertreter eines Friedensforschungsinstituts an deren Relativierung, indem er empfiehlt, die Entscheidung über die Ablehnung von zweifelhaften Drittmitteln dem eigenverantwortlichen Forscher zu überlassen.<sup>2</sup>
- Im *Celler Appell*<sup>3</sup> hatten Commerzbank und Bundesverteidigungsministerium bereits 2008 erklärt, sie wollten »aktiv darauf hinwirken, dass der sicherheitspolitische Dialog auch in Forschung und Lehre, insbesondere an unseren Hochschulen, gestärkt wird, z.B. durch die Einrichtung von Stiftungsprofessuren und durch einen dauerhaften, praxisorientierten und wissenschaftlichen Austausch zwischen Wirtschaft und Bundeswehr«.
- Der Militarisierung der Hochschulen ist erst kürzlich von der Bundesregierung eine völlig neue Dimension hinzugefügt worden. Erstmals wurden Teile der Regierungsauskunft über eine Bundestagsanfrage zur Hochschulforschung unter Geheimschutz gestellt.<sup>4</sup> Die Tabelle über die Verteilung der Drittmittelaufträge nach Zweck und Umfang für die staatlich geförderte militärrelevante Sicherheitsforschung wurde vom Bundesministerium der Verteidigung als „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft. Damit soll offensichtlich die Indienstnahme der Lehrenden, Studierenden und Beschäftigten für Rüstung und Krieg der öffentlichen Kritik entzogen werden.

Neben vereinzelt direkten Aktionen gegen Militärforschungsprojekte, gegen Seminare mit militärischem Hintergrund, gegen eine Steuerung im Interesse der Rüstungsindustrie über Hochschulräte, personelle Verflechtungen mit privaten und staatlichen Rüstungslabors, Bondingmessen mit Rüstungsfirmen etc. und gegen den Missbrauch des zivil finanzierten



Sicherheitsforschungsprogramms für Rüstungszwecke («dual use») spielt in letzter Zeit die Besinnung auf den ursprünglichen Friedensauftrag der Hochschulen eine zunehmende Rolle.

### **Der Kampf um Zivilklauseln ...**

Der Verfassungsrechtler Erhard Denninger<sup>5</sup> spricht in seinem Gutachten zur Zulässigkeit einer *Zivilklausel* (Forschung und Lehre nur für friedliche / zivile Zwecke) von der Friedensfinalität des Grundgesetzes. Er widerlegt darin die von Ministerien und konservativ-neoliberalen PolitikerInnen behauptete angeblich verfassungsrechtlich geschützte Freiheit für Militärforschung und verweist auf den Gestaltungsauftrag der Hochschulen, der dem Frieden gewidmet ist.

Für einige wenige Universitäten existiert ein solcher Auftrag gemäß Grundordnung bzw. Senatsbeschluss. In Niedersachsen gab es eine Zivilklausel im Landeshochschulgesetz, deren Wiederherstellung inzwischen gefordert wird. Anfang der 1990er Jahre kam es zu Initiativen für eine Selbstbindung der Universitäten für ausschließlich friedliche Zwecke. Für alle Kernforschungseinrichtungen gilt ein völkerrechtliches Militärforschungsverbot seit ihrer Gründung in den 1950er Jahren. Die entsprechende Zivilklausel gemäß Viermächtestatus für Einrichtungen wie die TU Berlin wurde durch Senatsbeschluss fortgeführt. Das Forschungszentrum Karlsruhe, das als früheres Kernforschungszentrum eine solche Zivilklausel per Satzung für die gesamte Forschung besitzt, ist 2009 mit der Universität (TH) Karlsruhe zum Karlsruher Institut für Technologie (KIT) zusammengeschlossen worden. Die Universität hatte keine solche Bindung. Seit Beginn der Fusionspläne 2007 haben Forderungen nach Übertragung der Zivilklausel auf das gesamte KIT zu einer intensiven, im Ergebnis noch offenen Auseinandersetzung geführt, mit bemerkenswerten Teilerfolgen und interessanten Folgewirkungen. So wurde im Dezember 2008 aufgedeckt, dass die Universität Karlsruhe Militärforschung betreibt und am Nachrichtentechnischen Institut an einem neuen Breitbandkommunikationssystem (*Software Defined Radio* oder *Cognitive Radio*) forscht, das für multinationale Interventionseinsätze gebraucht wird. Der zuständige Institutsleiter gab erst Monate später zu, für das Militär zu forschen. Die taz titelte am 27.05.2009: »Superuni auf Kriegspfad«. Nachforschungen aufgrund einer Podiumsdiskussion in der Universität ergaben, dass dieses Institut auf jahrzehntelange weitgehend unbekannte Verflechtungen mit Rüstungsforschungsinstituten zurückblicken kann, die inzwischen weiter vertieft worden sind. Das bedeutet, dass Wissen und Expertise von Studierenden und DoktorandInnen ohne deren Kenntnis von InstitutsleiterInnen für militärische Zwecke missbraucht worden sind. Im selben Jahr wurde am KIT das millionenschwere Forschungsprojekt unbemannte »kognitive Automobile« gestartet – mit zwei Projektleitern, die direkt in die Militärforschung eingebunden sind; in ein militarisiertes

Fraunhofer-Institut in Karlsruhe und in die Universität der Bundeswehr München. Die Landesregierung erklärte in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage: »eine militärische Ausrichtung ist auch in diesem Teilprojekt nicht gegeben«. <sup>6</sup> Das Gegenteil muss angesichts der Verflechtungen vermutet werden. <sup>7</sup> Entstehen in Karlsruhe und München zivil-militärisch-industrielle Forschungskomplexe? Im Januar 2009 votierten dann die Studierenden der Universität Karlsruhe in einer bundesweit einmaligen Urabstimmung für eine einheitliche KIT-Zivilklausel. Dieses demokratische Votum wird bisher von Landesregierung und KIT-Leitung ignoriert. Im Zuge der Studierendenproteste im Dezember 2009 referiert der US-amerikanische Friedensforscher und Whistleblower Subrata Ghoshroy (Massachusetts Institute of Technology) im voll besetzten Streikhörsaal der Universität Karlsruhe über die Militarisierung der Forschung am MIT. Das MIT ist das offen propagierte KIT-Vorbild.

### **... und erste Erfolge**

Beim Kampf um Zivilklauseln lassen sich auch erfreuliche Erfolge berichten: So beschloss der Senat der Universität Tübingen auf Initiative des Bildungsstreiks im Dezember 2009 die folgende Zivilklausel als Ergänzung zur Grundordnung: »Lehre, Forschung und Studium an der Universität sollen friedlichen Zwecken dienen, das Zusammenleben der Völker bereichern und im Bewusstsein der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen erfolgen«. Die öffentliche Auseinandersetzung darüber, dass das Seminar *Ethnologie und Militär* einer bei der Bundeswehr angestellten Ethnologie-Dozentin der neuen Zivilklausel widerspricht, hält an. Ein Auftritt des Kriegspropagandisten Wolfgang Ischinger, Organisator der NATO-»Sicherheitskonferenz«, konnte unter Berufung auf die Zivilklausel verhindert werden.

Diese einzelnen Beispiele aus den baden-württembergischen Hochschulen sind jedoch kein regional begrenztes Phänomen. So fand im Februar 2010 eine bundesweite Konferenz zum Thema »Rüstungsforschung und Zivilklausel« statt. Als erster Schritt wurde hier die Bildung von Arbeitskreisen zur Aufdeckung und Bewusstmachung von Kriegsforschung vorgeschlagen. Die Auseinandersetzung um Zivilklauseln erfährt dabei zunehmende Unterstützung. So fordert die LandesStudierendenVertretung Baden-Württemberg und die Bildungsstreik-Koordination die Einführung und Unterstützung von Zivilklauseln für alle Hochschulen des Landes. Im April 2010 wurde vom U-ASTA der Universität Konstanz die Wiederentdeckung der bereits 1991 vom Großen Senat beschlossenen Zivilklausel in einer Friedens-Party gefeiert. Der vorbildliche Text: »Auch der Wissenschaft und Forschung kommt im Hinblick auf die angehäuften Waffenpotentiale in unserer Zeit eine immer größere Verantwortung zu. Der Große Senat der Universität Konstanz erklärt hierzu, dass Forschung für Rüstungszwecke, insbesondere zur Erzeugung von Massenvernichtungswaffen an

der Universität Konstanz keinen Platz hat und auch in Zukunft keinen Platz haben wird«. An den Universitäten Tübingen, Stuttgart, Frankfurt a.M., Braunschweig, Köln sind entsprechende Arbeitskreise der Studierenden gegründet worden. An der Universität Köln und der TU Braunschweig sind Urabstimmungen nach dem Muster von Karlsruhe geplant.

### **Vernetzen und in die Öffentlichkeit tragen**

Um die Auseinandersetzung um die Rüstungsforschung weiter voranzutreiben, fand im Juli 2010 ein erstes bundesweites Vernetzungstreffen beim AStA der TU Braunschweig statt. Kurz davor war im Auftrag der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative *Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit* (NatWiss) eine bundesweite Umfrage zur Existenz und Praxis von Zivilklauseln veröffentlicht worden.

<sup>8</sup> Im zweiten Treffen beim AStA der Universität Kassel im Oktober wurde das bundesweite *Bündnis Zivilklausel* gegründet. Um das Thema noch stärker in die Öffentlichkeit zu tragen, und um einen inhaltlichen Austausch zu ermöglichen, werden NatWiss, ver.di und GEW einen Kongress zur Thematik durchführen.

Darüber hinaus wird das Thema auch international stärker besetzt. Bereits im Mai 2009 wurde im Rahmen der Non-Proliferation Treaty (NPT)-Konferenz in New York ein Internationaler Appell für eine einheitliche KIT-Zivilklausel beschlossen, der bisher weltweit von 140 Persönlichkeiten, darunter vom Bürgermeister von Hiroshima unterzeichnet worden ist. In jüngster Zeit sind zwei Dutzend Beschäftigte des Forschungszentrums ALBA (Synchrotronlichtquelle) bei Barcelona hinzugekommen. Der Internationale Appell wendet sich besonders dagegen, dass im KIT Kernforschung und Waffenforschung unter einem Dach angesiedelt sind. Ein eklatanter Verstoß gegen den Gründungskonsens, der unter dem Dach des ehemaligen Kernforschungszentrums keinerlei Militärforschung erlaubte. Gemäß Erklärung der Bundesregierung werde für eine Trennung von Großforschung (u.a. Kernforschung) und Uni-Forschung Sorge getragen. Wie denn, wenn eine völlige Verschmelzung ab 2011 geplant ist? Doch selbst gegen diese Erklärung wurde Ende 2009 mit der Gründung eines Kerntechnik-Instituts an der Universität verstoßen. Eine auch völkerrechtlich völlig unakzeptable Situation, die nur mittels einer Zivilklausel für die KIT-Grundsatzung geklärt werden kann, die bis zum Jahresende erstellt sein soll.

Ein weiterer Internationaler Appell gegen Forschung und Lehre der Hochschulen für militärische Zwecke ist in Vorbereitung.

Für die beschriebene Aufklärungs- und Mobilisierungsarbeit war in Karlsruhe bereits 2009 die *Initiative gegen Militärforschung an Universitäten* gebildet worden, in der Studierende, Beschäftigte,

Gewerkschaften und Friedensgruppen zusammen arbeiten.<sup>9</sup> Die gesamte Kampagne wird tatkräftig von den Gewerkschaften ver.di und GEW unterstützt.

Die neue Studierendenbewegung hat auch teil am sich vertiefenden Protest gegen die Militarisierung der Schulen durch Kooperationsverträge mit der Bundeswehr. Für eine gute Zusammenarbeit mit Friedensbündnissen, Gewerkschaftsgruppen und der SchülerInnen-Streikbewegung vor Ort gibt es erste Beispiele. Die Zusammenarbeit mit Hochschulbeschäftigten ist ausbaufähig. Diese Entwicklung hängt eng mit dem Protest gegen die Ökonomisierung und Entdemokratisierung der Hochschulen zusammen. Sicherlich spiegelt sich darin auch die in der Bevölkerung verbreitete Ablehnung von Kriegspolitik wider. Denn Deutschland ist mit der NATO wieder in zahlreiche Kriege verstrickt, inklusive der zivilen Opfer, von Hunger, Elend und Tod in vielen Teilen der Welt. Die Gesamtausgaben allein für den Irakkrieg liegen im zwölfstelligen Dollar-Bereich. Das Kriegstrommelfeuer in den deutschen Medien, das Kundus-Massaker, welches ohne juristische Konsequenzen blieb, die Umrüstung der Bundeswehr zur Interventionsarmee usw. erwecken den Eindruck, als ob es den von deutschem Boden ausgegangenen faschistischen Vernichtungskrieg und die vor 65 Jahren daraus gezogene parteiübergreifende Schlussfolgerung *nie wieder* nie gegeben hätte.

Die Bewegung gegen die Militarisierung des Bildungsbereichs ist von großer gesellschaftlicher Tragweite. Deren Bedeutung wird im demokratischen Spektrum und selbst in der Friedensbewegung noch nicht durchgehend erkannt. Die Fortschritte sind jedoch ermutigend. Ansporn können die selbstbewussten friedlichen Proteste gegen »Stuttgart 21« und Castor-Transporte sein. Schließlich sei an die Aufbruchstimmung in den Universitäten vor vier Jahrzehnten und an die damals rasch anwachsenden Proteste gegen den Vietnamkrieg erinnert.

*Dr.-Ing. Dietrich Schulze ist im Beirat der Naturwissenschaftlerinitiative »Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit« und in der »Initiative gegen Militärforschung an Universitäten«. Er war von 1966 – 2005 wissenschaftlicher Mitarbeiter am und von 1984 – 2005 Betriebsratsvorsitzender des Forschungszentrums Karlsruhe.*

<sup>1</sup> Hartmann, Detlef, 2008: »Die Knarre in der einen Hand, den Bleistift in der anderen«, <http://www.materialien.org/texte/hartmann/700-2-2.html>,

<sup>2</sup> Vgl.: taz 27.10.2010: <http://www.taz.de/1/nord/artikel/1/faustische-wissenschaft/>; taz-Kommentar <http://www.taz.de/1/nord/artikel/1/endlich-weg-mit-den-skrupeln/>; Süddeutsche Zeitung 24.10.2010: »Drittmittel essen Seele auf« <http://jetzt.sueddeutsche.de/texte/anzeigen/513265>

<sup>3</sup> Vgl. Bundesministerium der Verteidigung, 2008: Celler Appell, Fundstelle: [http://www.bmvg.de/fileserving/PortalFiles/C1256EF40036B05B/W27FBL5W774INFODE/Celler\\_Appell.pdf](http://www.bmvg.de/fileserving/PortalFiles/C1256EF40036B05B/W27FBL5W774INFODE/Celler_Appell.pdf)

<sup>4</sup> Antwort Bundesregierung vom 14.10.2010 auf eine Kleine Bundestagsanfrage der Fraktion DIE LINKE. zur »Rolle der Hochschulen in der staatlich geförderten Rüstungs- und militärrelevanten Sicherheitsforschung«, Drs 17/3337, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/033/1703337.pdf>

<sup>5</sup> Denninger, Erhard, 2009: Zur Zulässigkeit einer so genannten »Zivilklausel« im Errichtungsgesetz für das geplante Karlsruher Institut für Technologie (KIT). Gutachten im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf, [http://www.boeckler.de/pdf/mbf\\_gutachten\\_denninger\\_2009.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/mbf_gutachten_denninger_2009.pdf)

<sup>6</sup> Antwort der Landesregierung von Baden-Württemberg auf eine Kleine Anfrage von GRÜNEN und SPD vom 08.01.10, Landtagsdrucksache 14/5663, [http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/5000/14\\_5663\\_d.pdf](http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/5000/14_5663_d.pdf)

<sup>7</sup> Schulze, Dietrich: »Hochschulen und Militärforschung - Friedenswerkstätten oder zivilmilitärische Forschungskomplexe«, in: Wissenschaft & Frieden 3-2009 <http://www.wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?artikelID=1553>; »Neues vom Karlsruhe Institute of Technology (KIT) - Innenarchitektur des militärisch-industriellen Großforschungskomplexes Universität Karlsruhe«, in: unsere zeit, 08.01.10 <http://www.dkp-online.de/uz/4201/s0301.htm>

<sup>8</sup> Bisbis, Natascha: »Zivilklausel für alle Hochschulen«, in: Wissenschaft & Frieden, 3-2010, <http://stattweb.de/files/civil/Doku20100609.pdf>

<sup>9</sup> Siehe [www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf](http://www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf)